

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15

Inhalt

Der deutsche Landwirtschaftsminister Borchert wurde bei der Verabschiedung der Pestizid-Richtlinie über den Tisch gezogen und hat die deutschen Interessen schlecht vertreten, würt ihm **Dagmar Roth-Behrendt MdEP** vor.

Seite 1

Innerhalb der ersten hundert Tage wird eine von der SPD geführte Bundesregierung das von CDU/CSU und FDP gekippte Schlechtwettergeld in der jetzigen Form wieder einführen, versichert **Hans Bütner MdB**.

Seite 2

Über die Leiden der unterdrückten Indiofrauen in Mexiko berichtet **Margitta Terborg MdB**.

Seite 2

Im Bericht der Ausländerbeauftragten finden sich manche SPD-Positionen wieder. Eine klare Mängelliste für die Bundesregierung, stellt **Gerd Andres MdB** fest.

Seite 3

49. Jahrgang / 119

24. Juni 1994

Nacht- und Nebelaktion

Der Landwirtschaftsminister hat sich unter Druck setzen lassen

Von Dagmar Roth-Behrendt MdEP

Die Verabschiedung der Pestizid-Richtlinie durch die Agrarminister der Europäischen Union ist nicht nur wegen der nächtlichen Stunde des Beratungsende eine "Nacht- und Nebelaktion". Der Zeitpunkt ist deshalb kritikwürdig, weil das Europäische Parlament wegen seiner Konstituierungsphase gegenwärtig nicht voll handlungsfähig ist. Die Agrarminister werden es schwer haben, den Vorwurf zu entkräften, das Datum sei absichtsvoll gewählt worden. Dennoch werden wir darauf bestehen, daß die Richtlinie uns zur Beratung vorgelegt wird. Der Fall wird Gegenstand der ersten Sitzung des neuen Umweltausschusses werden.

Unsere Kritik richtet sich gegen den deutschen Agrarminister Jürgen Borchert. Er hat sich durch den griechischen Ratspräsidenten unter Zeitdruck setzen lassen und es nicht verstanden, die abschließenden Beratungen in die Zeit der deutschen Ratspräsidentschaft "hinüberzuretten". Diese Tatsache macht die Schwüre und angebliche Kampfbereitschaft, mit denen Borchert in den vergangenen Tagen durch die Medien glänzte, zur Makulatur.

Die Richtlinie steht im Widerspruch zum geltenden Recht, nämlich der Trinkwasserrichtlinie. Umweltausschuß und Parlament werden bei den bevorstehenden Beratungen sorgfältig prüfen, ob etwa auch zweifelhafte Stoffe Eingang gefunden haben oder finden können. Solche Stoffe würden wir nicht akzeptieren. Wir werden alle Kräfte mobilisieren, damit die Profitinteressen der chemischen Industrie nicht auf Kosten der Menschen realisiert werden.

Niemand wird ernsthaft bestreiten können, daß der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln sich auf lebenswichtige Produkte auswirkt. Das gilt für rohe Agrarprodukte aber auch für die industrielle Weiterverarbeitung zu Säften und in den Konservenindustrien (dort auch unter Hinzufügen von Trinkwasser) und für das Trinkwasser selbst. Hier wird es nicht genügen, die deutschen Standards aufrechtzuerhalten. Vielmehr sind wir angesichts des tatsächlichen

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 19 01 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Umwärdiger Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



Warenaustausches zwischen den EWR-Staaten und auch im Hinblick auf den millionenfachen Reiseverkehr darauf angewiesen, die bewährten strengen EU-Standards tatsächlich überall zu realisieren.

Viele Regionen sind allerdings schon aufgrund ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und der damit verbundenen Haushaltsschwäche nicht in der Lage, die hohe Trinkwasserqualität zur Zeit zu verwirklichen. Ich werde mich deshalb im Europäischen Parlament dafür einsetzen, daß Strukturmittel der Europäischen Union künftig auch für diese Aufgaben eingesetzt werden können.

(-/24. Juni 1994/hgs/fr)

SPD kämpft weiter für Schlechtwettergeld Verhalten der Koalition schadet der Volkswirtschaft

Von Hans Büttner MdB

Landesvorsitzender des Arbeitnehmerflügels (AfA) der Bayern-SPD

Die SPD kämpft weiter für den Erhalt des Schlechtwettergeldes in der Bauwirtschaft, weil dies sowohl aus volkswirtschaftlichen wie auch aus arbeitsmarktpolitischen Gründen die preiswerteste Lösung einer ganzjährigen Beschäftigung am Bau darstellt. Sie dient darüberhinaus dem Erhalt beruflicher Qualifikation in einem Wirtschaftszweig, der derzeit nicht nur in den neuen Bundesländern zu einer tragenden Säule des Aufschwungs zählt.

Umso bedauerlicher ist es, daß die Abgeordneten von CDU/CSU und FDP im Bundestag einen Einspruch des Bundesrates gegen die vorgesehene Abschaffung des Schlechtwettergeldes gegen das Votum der SPD niedergestimmt haben, wodurch das Schlechtwettergeld ab 1996 wegfallen soll.

Bei der Begründung für ihr Verhalten, behaupteten die Regierungsvertreter erneut wahrheitswidrig, die Tarifparteien hätten sich mit der Streichung ab 1996 einverstanden erklärt. Wahr ist dagegen, daß die Tarifparteien über einen Tarifvertrag über ganzjährige Beschäftigung verhandeln wollen, ein Ergebnis aber nur unter Beteiligung der öffentlichen Hand erreichbar ist. Aufgrund der Witterungslage in Deutschland, bei der es nur an ganz wenigen Tagen zum Einsatz der Schlechtwetterregelung kommt, ist ein technisch abgesicherter Winterbau, wie in Skandinavien, wirtschaftlich unrentabel. Er führte nur zu einer drastischen Erhöhung der Baupreise, die den Staatshaushalt und die Volkswirtschaft höher belasten würden, als die Schlechtwettergeldregelung.

Die SPD wird deshalb bei ausreichender Mehrheit nach der Bundestagswahl im Oktober die Schlechtwettergeldregelung in jetziger Form wieder in Kraft setzen, und zwar bereits in den ersten hundert Tagen. Damit haben es jetzt die Wähler in der Hand, ob ökonomisch vernünftige Politik zum Zuge kommt oder eine fiskal bestimmte Deregulierungsideologie eine tragende Säule des Wirtschaftslebens empfindlich stört.

(-/24. Juni 1994/hgs/fr)

Frauen kämpfen um mehr Rechte Von den Leiden der unterdrückten Indiofrauen in Mexiko

Von Margitta Terborg MdB

Vorsitzende der deutsch-mexikanischen Parlamentariergruppe des Deutschen Bundestages

Es gibt Gespräche, die vergißt man nicht so leicht. Dazu gehört dieser Tage zum Beispiel eine Begegnung mit Araceli Burguete und Juana María Ruiz, die auf Vermittlung der Gesellschaft für bedrohte Völker nach Bonn gekommen waren und den Abgeordneten über die Lage der Frauen in Mexiko, besonders über die Situation der Indio-Frauen berichteten.

"Von Kindheit an lernen wir, daß nur Männer zu entscheiden haben. Von uns wird schweigen statt fragen erwartet, als würden wir selbst nicht sprechen, nicht fühlen oder denken können", so schildern Indio-Frauen ihre Lage in Mexiko. Sie fühlen sich doppelt benachteiligt. Von der politisch herrschenden Klasse und von ihren eigenen Stammesgenossen. Ihre bewegte Klage: wir verstehen es noch nicht, uns zu verteidigen. Wir werden erniedrigt und ausgenutzt. Wir können nicht Spanisch spre-

chen. Wir sind zum großen Teil Analphabeten. Wir werden als Tiere betrachtet. Wir sind Indianerinnen.

Die Frauen kommen, oft unter schweren Bedrängnissen und Behinderungen zusammen. Sie artikulieren sich, sie wollen nicht länger schweigen. Und sie machen ihre Unterdrücker namhaft: wir werden von allen wohlhabenden Schichten der Gesellschaft benachteiligt und ausgebeutet. Aber so wollen wir es nicht lassen. Wir wollen, daß man uns respektiert. Wir wollen als Männer, Frauen und Kinder besser leben.

Ihre Unterdrücker fänden sich nicht nur in der regierenden Oberschicht, sondern auch unter den Ehemännern. Wir Frauen werden unterdrückt, sagen sie, nicht, weil wir kein Spanisch sprechen; nicht, weil wir ungebildet sind; sondern weil wir Frauen sind. Aber, so sagen die Frauen, wir haben Rechte. Viele versuchen, sie uns vorzuenthalten. Teilweise sind wir selber schuld, wenn wir uns das gefallen lassen. Wir sind leider noch nicht daran gewöhnt, auf uns selbst hohen Wert zu legen. Die Frauen zählen auf: wenn wir nicht mitspielen, werden wir geschlagen. Unsere Männer nehmen es nicht wahr, daß wir Frauen auch hart arbeiten. Sie verstehen nicht, wie wir leiden. Deshalb schätzen sie uns auch nicht als gleichwertige Partnerinnen.

Die bescheidenen Emanzipationsbemühungen stiegen auf große Schwierigkeiten, klagen die Frauen: sobald wir uns aber aufregen, sobald wir Widerstand leisten, ärgert sich die Regierung und ärgern sich unsere Männer. Deshalb müsse zu einer gesellschaftlichen Erneuerung gehören, daß den jungen Männern gelehrt werde, daß Frauen auch das Recht hätten, zur Schule zu gehen, eine eigene Meinung zu haben, ihr Teil an Menschenwürde einzuklagen.

Wir wissen, daß Reformen nicht von heute auf morgen möglich sind, räumen die Frauen ein. Und sie schließen mit einer sanften Drohung: wir hoffen, daß es eines Tages eine Organisation geben wird, die für uns und mit uns die dringend notwendigen Reformen erreicht.

Noch ist es ein fast moderater Klageruf. Eine Beschwerde gegen die herrschende Oberschicht und gegen die eigenen Männer. Sie spiegelt deutlich alles andere wider, was Mexiko noch an Reformen zu leisten haben wird. Und zwar das ganz Mexiko, vom herrschenden männlichen Oligarchen bis zum Indio.

(-/24. Juni 1994/hgs/tr)

Mängelliste für die Bundesregierung

Im Bericht der Ausländerbeauftragten finden sich manche Positionen der SPD wieder

Von Gerd Andrea MdB

Sprecher der Facharbeitsgruppe Migrationspolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Wenn man den Asylkomproiß vom 6. Dezember 1993 nicht nur als "Zuzugsbegrenzungsvereinbarung" ansieht, sondern berücksichtigt, daß ebenfalls versucht worden ist, Migrationspolitik in kleinen Schritten zu verwirklichen, so gehört hierzu auch der Beschluß, die Beauftragte der Bundesregierung für die Belange der Ausländer zur Vorlage eines jährlichen Berichtes über die Lage von Migranten aufzufordern.

Für uns Sozialdemokraten ein deutlicher Schritt in Richtung auf unser Ziel, die vielseitigen Lebenssituationen von bald sieben Millionen Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, in diesem Lande als selbstverständlichen Teil einer gemeinsamen politischen Verantwortung anzusehen.

"Der vorliegende Bericht ist in Inhalt und Wertung in der alleinigen Verantwortung der Beauftragten der Bundesregierung.. erstellt worden", heißt es im Vorwort. Und so wird zugleich die Hoffnung geweckt, daß es sich hierbei nicht nur um eine kritische Auseinandersetzung mit Integrationspolitik handelt, mit der allgemeinen Lebens- und Arbeitssituation von Zuwanderern und Deutschen. Die bisherige offene Sprache und der bis dato engagierte Einsatz von Frau Schmalz-Jacobsen ließen vermuten, daß sich der Bericht über die "allgemeinen" Themen hinaus auch kritisch mit der Ausländer- und Migrationspolitik der Bundesregierung und die für Nicht-Deutsche wichtigen Themenbereiche wie zum Beispiel Kommunales Wahlrecht für Drittstaatler, Ausländerzentralregister, Verwaltungsvorschriften zum Ausländergesetz, politische Betätigung von Ausländern in der BRD auseinandersetzt.

Diese Erwartung wurde nicht erfüllt. Teile des Berichtes erwecken vielmehr den Eindruck, als ob die dort ausgesprochenen Empfehlungen und Beurteilungen von Sachverhalten, den sprachlichen Wünschen der Bundesregierung näher stehen, als eigenen, von der Ausländerbeauftragten vorher oder nachher abgegebenen Presseerklärungen zum gleichen Thema. Und wenn dazu noch hier und da - locker im Text verstreut - Hinweise auftauchen, wie

"diese Politik verfolgt auch die Bundesregierung"

"diese Zielvorstellung verfolgt auch die Ausländerpolitik der Bundesregierung"

merkt man den Grund und wundert sich. Auf die sicherlich nicht ganz unbedeutende Arbeit der Opposition im Bereich der Migrationspolitik wird - nebenbei bemerkt - nirgendwo verwiesen.

Trotz der fast durchgängigen Abschwächung brisanter Themen in allen Kapiteln, liest sich die Arbeit der Ausländerbeauftragten wie eine "unendliche Mängelliste". Selbst dem unbedarften Leser wird deutlich, mit welcher Nachlässigkeit die Bundesregierung in der Vergangenheit mit dem Thema Migration - Integration umgegangen ist. Offenbar nach der Strategie:

worüber ich nicht laut spreche - das erkenne ich nicht an.

was ich nicht anerkenne - existiert nicht.

Seit Jahren bekannte Mängel und Ungleichheiten im Verhältnis deutscher zu nichtdeutscher Wohnbevölkerung manifestieren sich zu einem latenten Problem für ganze Bevölkerungsschichten: von Migranten:

1. die im Vergleich zu deutschen erheblich schlechtere vorschulische, schulische und berufliche Situation von Migrantenkindern und -jugendlichen
2. Sprachdefizite in allen Altersgruppen
3. die überproportionale Ausübung körperlich und gesundheitlich stark belastender Berufe
4. die große Anzahl ausländischer Bezieher von Erwerbs- und Berufsunfähigkeitsrenten
5. eine Arbeitslosenquote, die immer höher ist, als die der Deutschen
6. Generationskonflikte - erhebliche Spannungen im Familienbereich
7. Lebens- und Versorgungsprobleme älterer ausländischer Senioren
8. Schwierigkeit bei der Wohnungsfindung

All diese Kriterien machen deutlich, wie notwendig ein soziales Netzwerk zwischen Deutschen und Migranten aber auch ein Netzwerk von Sozialbetreuung ist, in dem neben Regelhilfen für beide Bevölkerungsgruppen auch weiterhin heimat Sprachliche Unterstützung angeboten wird.

Als Sozialdemokraten freuen wir uns, daß der Bericht auch Hinweise auf notwendige Gesetzesänderungen enthält, die bereits von uns ins Parlament eingebracht worden ist. So sieht der Gesetzentwurf zum Ausländergesetz unter anderem auch vor:

1. die Herabsetzung der Rückkehrfrist und das Höchstantragsalter für die Inanspruchnahme des Wiederkehrrechts für Kinder und Jugendliche (§ 16)
2. die Erleichterung des Familiennachzugs
3. die Reform des eigenständigen Ehegatten-Aufenthaltsrechts unter besonderer Berücksichtigung ausländischer Frauen (§ 19)
4. die Herstellung der Reise- und Niederlassungsfreiheit für ältere ehemalige Erwerbstätige durch Schaffung einer Ausnahme vom Erlöschen der Aufenthaltsgenehmigung.

Hinzu tritt die mit der Ausländerbeauftragten mehrfach diskutierte Erkenntnis, daß wir zukünftig um eine Institutionalisierung von Zuwanderungsfragen nicht umhinkommen. Es gibt keine Bundesbehörde, keine Institution, keinen Ausschuß des Deutschen Bundestages, bei dem die Belange der verschiedenen Migrantengruppen zusammen gesehen werden; keinen organisierten Erfahrungstransfer aus anderen europäischen Ländern.

Einigkeit besteht auch über die Frage der Bekämpfung von Diskriminierung im öffentlichen und privaten Bereich. Wir können gespannt sein, mit welchen Argumenten die Bundesregierung auf inhaltlich gemeinsame Anliegen der SPD-Fraktion und der Bundesbeauftragten reagiert.

Gespannt auch, wie sich der doppelte Spagat der Ausländerbeauftragten dieses Mal zu Vorschlägen gestaltet, die ihren eigenen ähnlich sind: fraktionstreu oder im Bewußtsein eines angenommenen Amtes. Noch ist uns die Abstimmung zum Staatsangehörigkeitsgesetz im Bewußtsein.

(-/24. Juni 1994/hgs/fr)
